

Velberter gegen WOBAU-Verkauf

Bürgerinitiative sammelt 5.600 Unterschriften

Am 3. November übergab die Bürgerinitiative „Sicheres Wohnen – Pro WOBAU Velbert“ offiziell die letzten der nach eigenen Zählungen über 5600 Unterschriften an Bürgermeister Stefan Freitag, die alle forderten, dass die Stadt Velbert alleiniger Eigentümer der WOBAU-Velbert bleiben solle.

Damit hat die vom Mieterverein, den Gewerkschaften, der Linkspartei.PDS-Velbert und den Grünen-Velbert gestütz-

Suche nach einem Käufer ja noch lange kein Verkaufsbeschluss gefasst sei. Eine Auffassung, der die Initiatoren des Bürgerbegehrens nicht folgen konnten.

Schon Michael Alfermann, Ratsmitglied der LINKEN, hatte in der entsprechenden Sitzung des Stadtrates klar gemacht, dass „die LINKE die WOBAU als unveräußerlichen Teil der kommunalen Daseinsfürsorge sieht“.

Es könne keine Frage sein, welchen Preis man für die WOBAU erziele. Angesichts der Tatsache, dass ein Käufer kein Samariter sein würde, sahen alle Initiatoren die Gefahr, dass dieser nur im Interesse der Profitmaximierung handeln würde, d.h. er könne den Mieterservice auslagern, ortsfremde Handwerker beschäftigen oder die Mieten erhöhen. Letzteres

te Initiative das Quorum von sechs Prozent der Wahlberechtigten überschritten. Gegründet hatte sich die Initiative nachdem die Mehrheit des Rates, gegen die Stimmen der LINKEN und der Grünen, die Verwaltung beauftragt hatte, ein so genanntes „Interessenbekundungsverfahren“ einzuleiten, d. h. einen Käufer für die WOBAU zu suchen.

Damals wie heute betonten die Befürworter, dass man nur an einen Käufer veräußern wolle, der auch die Sozialcharta der Stadt akzeptiere. Insbesondere die SPD zog sich hinter diese Argumentation zurück und erklärte, dass mit der

würde z. B. bedeuten, dass der Mietspiegel in der Stadt steigen würde. Dies träfe nicht nur direkt die Mieter der WOBAU, sondern alle Mieter und nicht zuletzt die Stadt selbst, denn diese muss im Rahmen von HARTZ IV für die Wohnungskosten von ALG II-Empfängern aufkommen.

Diese Argumente haben die Befürworter bisher kaum beeindruckt, wahrscheinlich, wie Harry Gohr (LINKEN) mutmaßt, weil die Stadt angesichts der Haushaltssperre schnell Geld braucht, und dabei die langfristigen negativen

Forts. auf S. 2

HARTZ IV: Regionales Chaos vorprogrammiert

Wer von der Schwachsinnigkeit von HARTZ IV bisher noch nicht überzeugt war, sollte es spätestens nach der letzten Sozialausschusssitzung vom 12.9. sein.

Da wurden schon im März die Zweigstellen in Langenberg und Neviges geschlossen (wie man sich beim HARTZ IV Regelsatz Fahrkarten nach Velbert leisten soll, wird für immer ein Rätsel bleiben) und die gebildete ARGE in Velbert kämpft zum großen Teil damit, dass ihr die Software VerBIS(=internes Vermittlungs- Beratungs- und Informationssystem) auch über eineinhalb Jahre nach dem Inkrafttreten des Gesetzes immer noch nicht zur Verfügung steht.

Da hat der Staat Millionen für die Berater ausgegeben, damit die Arbeitsvermittlung angeblich effektiver würde, obwohl doch jedem klar sein müsste, dass, wenn keine Arbeitsplätze da sind, auch keine vermittelt werden können. Statt wirklich das Problem der Arbeitslosigkeit anzugehen, werden Arbeitslose mit einem Hungergeld abgespeist, drangsaliert oder mittels 1-Euro-Jobs aus der Statistik gerechnet und die Beschäftigten der neu gebildeten ARGE mit einem sinnlosen Dauerbeschäftigungsprogramm traktiert. Die einzigen, die von HARTZ IV bisher profitiert haben, waren die Berater von McKinsey, Roland Berger und Co., denen man Millionen in den Rachen warf.

Forts. auf S. 4

Aus dem Inhalt:

Seite 2: Die Glosse
Forts. von Seite 1

Seite 3: Beschäftigte müssen bluten
Notizen aus Neviges

Seite 4: Informationsveranstaltung ohne Verwaltung
Forts. von Seite 1



„Land unter“ oder die Auswirkungen einer möglichen Klimakatastrophe

Eine Glosse von S. Stoff

Fange ich diesmal mit einem Witz an:

Treffen sich zwei Planeten im Weltraum. Schaut der eine den anderen an und sagt: „Du siehst irgendwie ganz schön schlecht aus. Bist du krank? Du gefälltst mir gar nicht.“ Antwortet der Angesprochene: „Du hast Recht. Mir geht es auch miserabel. Ich glaube, ich habe mich infiziert, ich befürchte, ich kriege Menschen.“

So lustig der Witz klingen mag, so wirklichkeitsnahe ist seine Aussage. Eine Hiobsbotschaft nach der anderen erfahren wir über die kommende Klimakatastrophe.

- Das Ozonloch ist mittlerweile so groß wie Russland und die USA.
- In fünfzehn bis zwanzig Jahren wird es in Deutschland keine Gletscher mehr geben.
- Die Erdtemperatur steigt mit konstanter Boshaftigkeit.
- Das Eis an den Polkappen wird langfristig schmelzen.
- Dadurch bedingt werden die Meeresspiegel mindestens um zwei Meter steigen.

Das heißt, einige Länder werden von der Karte verschwinden und irgendwann können wir in Duisburg in der Nordsee baden. Als ein Mensch, der an die Zukunft denkt, versuche ich mich auf die neuen geografischen Gegebenheiten einzurichten und Gewinn daraus zu schlagen.

Schon jetzt kaufe ich große brachliegende Industrieflächen auf, mindestens in Sportplatzgröße. Sollte dann die Nordsee bis Duisburg gelangen, ist unser Nachbarstaat Holland unter Wasser. Die Menschen werden mit ihren Wohnwagen vor der herannahenden Katastrophe u. a. nach Deutschland fliehen.

Nun komme ich ins Geschäft, auf meinen alten Industriegrundstücken können sie ihre Wohnwagen abstellen und ich kassiere kräftig ab.

Also Leute, kauft Land bevor es „Land unter“ heißt.

P.S. Noch ein Anlagetipp: Kauft in Duisburg ein Hotel und stellt Strandkörbe auf, den Sand liefern die bekannten Baumärkte.

Schönen Tag noch.

LINKE. steht neuem Kulturkonzept kritisch gegenüber

Der Kulturausschuss der Stadt Velbert hat in seiner letzten Sitzung eine Neuorganisation der Kultureinrichtungen und der Kulturveranstaltungsplanung beschlossen.

Damit werden das Bürgerhaus Langenberg, das Schloss Neviges, die Vorburg, das Forum Niederberg, und später eventuell die Stadthalle Neviges in einem Eigenbetrieb zusammengefasst, der dann auch die Organisation des Kulturangebotes übernehmen soll.

Letzteres war bisher in der Fachabteilung Kultur in der Vorburg angesiedelt. Die **LINKE** hat zwar grundsätzlich nichts gegen die Zusammenfassung der Veranstaltungshäuser, sieht hierbei aber die Gefahr, dass durch gleichzeitige Auslagerung der Organisation, die Kultur zu stark unter das Diktat der Wirtschaftlichkeit gerät. Diese Befürchtung wird dadurch bestärkt, dass die Geschäftsleitung des neuen Kultur und Veranstaltungsbetriebes die Kämmerin, Frau Stock (CDU), übernehmen soll, d.h. eine Frau, die aus einem ganz anderen, kulturfremden Bereich kommt und deren Augenmerk wohl eher auf das betriebswirtschaftliche Ergebnis gerichtet sein wird.

alf

Forts. von S. 1

5.600 Unterschriften gegen WOBAU-Verkauf

Folgen ausblendet. Denn auch die einmalige Einnahme wird kaum etwas an der Ursache der klammen Stadtfinanzen ändern, sie wird nur den Zeitpunkt hinauszögern, ab dem der Haushalt vom Landrat genehmigt werden muss.

Nun muss sich der Rat der Stadt Velbert in seiner nächsten Sitzung am 05.12. mit dem Bürgerbegehren beschäftigen. Bürgermeister Freitag hat bereits klar gemacht, dass er dem Rat die Ablehnung des Bürgerbegehrens empfehlen wird. Um dem Bürgerbegehren bereits in der Ratssitzung zum Erfolg zu verhelfen, müsste eine Mehrheit diesem zustimmen.

Inzwischen hat sich das Lager der Verkaufsgegner etwas vergrößert. Dennoch ist es sehr wahrscheinlich, dass der Verkauf der WOBAU erst in einem Bürgerentscheid an den Wahlurnen gestoppt werden kann.



...und der Haifisch, der hat Zähne

Bürgerinitiative
Sicheres Wohnen –
Pro WOBAU Velbert

Bei diesem werden die Bürgerinnen und Bürger über die Fragestellung „Sollen die Stadt Velbert und die BVG alleinige Eigentümer der WOBAU-Anteile

Impressum **Schlüsselbund**
erscheint unregelmäßig im Raum Velbert.
Verantwortlich im Sinne des Presserechtes:
H. Gohr und M. Alfermann,
Offerstr. 14a
42551 Velbert,
Email: mail@dielinke-velbert.de
Web: www.dielinke-velbert.de
Die Redaktion behält sich vor, unaufgeforderte Einsendungen zu kürzen, namentlich gekennzeichnete Artikel geben die Meinung des/der VerfasserIn wieder.

bleiben?“ abstimmen .

Die Bürgerinitiative, wie auch die **LINKE**, rufen natürlich dazu auf, dann zu den Urnen zu strömen und mit „JA“ zu stimmen, also für den Verbleib der WOBAU in städtischem Besitz.

alf

Klinikum Niederberg

Beschäftigte müssen bluten

Am 26. September befasste sich der Rat der Stadt Velbert in nicht öffentlicher Sitzung mit dem Klinikum Niederberg.

Warum diese Sitzung nicht öffentlich war, konnten einige Beteiligte später allerdings nur schwer nachvollziehen, da vieles wenige Tage danach in der örtlichen Presse auftauchte. Und wie dieser zu entnehmen war, hat der Geschäftsführer



der Klinikum Niederberg gGmbH dem Rat die schwierige finanzielle Lage des Krankenhauses schildert. Um die Lage ohne Kündigungen in den Griff zu bekommen und wichtige Investitionen zu tätigen, ist laut Kaufmann eine Bürgerschaft der Städte Velbert und Heiligenhaus sowie ein sog. Notlagentarif notwendig.

Diese Bürgerschaft erteilte der Rat bei drei Enthaltungen. Es muss hierbei deutlich gesagt sein, dass an die Zustimmung des Rates keinerlei Bedingungen geknüpft waren, sprich z.B. die Einführung des Notlagentarifs. Dieser wird zwar in der Begründung der Verwaltung als Voraussetzung für eine Bürgerschaft genannt, ist aber nicht Teil des Beschlusses. Anderslautende Behauptungen sind schlicht falsch.

Und ein solcher Notlagentarif hat es in sich. Er würde die komplette Streichung des Weihnachts- und Urlaubsgeldes bedeuten (was für einen Pfleger / Schwester ca. 8 % sind). Das entspricht einer Einsparung bei den Personalkosten von jährlich 2 Mio. € von den 500.000 die Ärzte und 1,5 Mio. die Pfleger zu tragen hätten.

Dieser Notlagentarif muss jedoch separat mit den Gewerkschaften verhandelt

werden und ein unabhängiger Gutachter muss die Notwendigkeit feststellen. Nun hat zwar z.B. einer der Gutachter die Notwendigkeit festgestellt, jedoch bemängelt, dass ihm unvollständige Daten vorgelegt wurden, und auch, dass nach der „Sanierungsrechnung“ von Herrn Kaufmann 84 Beschäftigte weniger im Klinikum arbeiten als zurzeit. Mit anderen Worten, die Rechnung geht erst auf, wenn 84 Angestellte das

Haus verlassen. Wie das ohne betriebsbedingte Kündigungen von statten gehen soll, scheint sehr undurchsichtig. Es kann nur vermutet werden, dass Herr Kaufmann darauf

setzt, dass viele aufgrund ihrer Gehaltseinbußen die Arbeitsstelle zu wechseln versuchen. Da jetzt schon viele Stationen knapp besetzt sind, wird wohl die Arbeitsbelastung für die Pfleger und Schwestern steigen.

Die **LINKE** im Rat der Stadt Velbert hatte schon, bevor ihr diese letzten Umstände zu Ohren kamen, die Sanierung des Klinikums auf Kosten der Beschäftigten kritisiert und die Behauptung Kaufmanns in der WAZ, diese Schwierigkeiten seien von zu hohen Tarifabschlüssen für die Ärzte oder zu langen Beschäftigungszeiten der Schwestern und Pfleger verursacht worden, zurückgewiesen. Für die beiden Ratsmitglieder der **LINKEN**, Michael Alfermann und Harry Gohr, sollten vielmehr die Profite der Pharmakonzerne begrenzt werden, anstatt die Beschäftigten und wie mit der sog. „Gesundheitsreform“ die Versicherten zu schröpfen. Die **LINKE** im Rat der Stadt Velbert wird die weitere Entwicklung beim Klinikum aufmerksam beobachten.

alf

Notizen aus Neviges

von unserem Rats Herrn Harry Gohr



Neviges braucht ein stadtnahes Jugendzentrum

Im letzten Bezirksausschuss wurde vom Diplom-Pädagogen und Streetworker Erich Dreke ein Bericht über den Brennpunkt am Nevigeser Busbahnhof gegeben.

Hier beschweren sich BürgerInnen über Sachbeschädigungen und Pöbeleien von angetrunkenen Jugendlichen.

Auch bei uns sieht man deutlich, dass der Sozialabbau in der Gesellschaft auch bei der Jugend keinen Halt macht. Jetzt ist es notwendiger denn je das vor zwölf Jahren geschlossene Jugendzentrum wieder zu beleben.

Die Jugend braucht dringend einen alternativen Treffpunkt zum Busbahnhof Neviges. Harry Gohr forderte im Bezirksausschuss wieder ein stadtnahes Jugendzentrum.

Stadthalle muss bleiben

Die Existenz der Nevigeser Stadthalle ist mehr als gefährdet. Nachdem die Verwaltung jahrelang nicht ihrer Verpflichtung nachgekommen ist und selbige hat verkommen lassen, steht nun die mögliche Schließung zur Debatte.

Wieder soll den Bürgerinnen und Bürgern eine lieb gewonnene Begegnungsstätte genommen werden.

Das Argument, die Halle sei nicht ausgelastet genug, lassen wir nicht gelten.

Es obliegt der Stadt als Eigentümerin dafür zu sorgen, dass ein solches Objekt ordentlich vermarktet wird und für Einnahmen in das Stadtsäckel sorgt. Vereinen, Verbänden, Jugendorganisationen und politischen Organisationen muss auch im Stadtteil Neviges ein vernünftiger Veranstaltungsort zu Verfügung stehen. Die Vorburg reicht da mit ihren 200 Plätzen teilweise nicht mehr aus.

Abschließend stellt sich die simple Frage, muss man zwölf Millionen für ein überdimensionales Sportzentrum ausgeben und deshalb Gelder bei bürgernahen Einrichtungen sparen?

Informationsveranstaltung ohne Verwaltung

Am Freitag, dem 17. November 2006 lud die Bürgerinitiative pro WOBAU um 16.00 Uhr zu einer Informations- und Diskussionsrunde in den großen Saal der Flora ein. Moderiert wurde das Ganze von der grünen Ratsherrin Frau Dr. Esther Krönke.

Mit auf dem Podium saßen von links nach rechts: Harry Gohr (Die **LINKE**),

wieder teurer verkaufe, eventuell Mieten erhöhe - was sich dann negativ auf den Mietspiegel der gesamten Stadt auswirke - oder aber den vorhandenen Wohnungsbestand verfallen lasse.

Hans-Peter Kaiser, Ratsherr der Velberter Grünen, betonte deutlich, dass die WOBAU schwarze Zahlen schreibe, der Stadt sogar Geld einbringe. Die so



Rainer Köster (DGB), Jürgen Hübinger (Mieterbund Velbert), Thomas Auer von den Grünen als Vertretungsbevollmächtigter der Bürgerinitiative und Sandra Patalla, ebenfalls Grüne. Mit etwas Verspätung traf der Bundesdirektor des Deutschen Mieterbundes, Herr Dr. F.-G. Rips ein.

In ihren Ausführungen betonten alle Beteiligten, dass ein Verkauf der Velberter WOBAU nur Schaden für die Stadt und die Bürgerinnen und Bürger bringen würde. Die Gefahr der Zerschlagung sozialer Strukturen sei gegeben.

In seinen Ausführungen nannte Dr. Rips vom Deutschen Mieterbund Beispiele, in denen kommunales Wohneigentum an die so genannten Heuschrecken verkauft wurde um Schulden abzudecken. Die Städte Kiel und Wilhelmshaven stecken heute ebenso wieder in der Schuldenfalle wie zuvor, nur dass sie keine Wohnungen mehr besitzen. Rips betonte deutlich, dass es den REITS (Real Estate Investment Trusts) nur um den schnellen Profit, nicht aber um die sozialen Belange der Mieterinnen und Mieter ginge.

Profit ließe sich aber nur machen, wenn man innerhalb kürzester Zeit

genannte Sozialrendite sei dabei nicht mit berechnet.

Ratsherr Harry Gohr von der Linkspartei gab sich optimistisch, was die Durchsetzung eines Bürgerentscheides anbetrifft.

Angst und Wut, aber auch den Willen, sich gegen den Verkauf mit allen demokratischen Mitteln zu wehren, zeigte ein Ehepaar, das seit Jahrzehnten in einer Wohnung der WOBAU beheimatet ist.

Traurig, aber vielleicht auch bezeichnend, blieb die Tatsache, dass neben den bereits erwähnten Ratsvertretern von den Grünen und der Linkspartei niemand weiteres seitens des Rates und der Verwaltung an der Veranstaltung teilnahm, obwohl alle eingeladen waren. Und obwohl es ein Freitag war, glänzte Bürgermeister Freitag ebenfalls durch Abwesenheit.

Bleibt zu hoffen, dass – sollte es nun zu einem Bürgerentscheid kommen – Velbert ein weiteres Signal ähnlich Freiburg setzt, wo die Bürgerinnen und Bürger erfolgreich den Ausverkauf kommunalen Wohnungseigentums verhinderten.

Forts. von S. 1

HARTZ IV: Regionales Chaos vorprogrammiert

Für was eigentlich? Die Menschen, die das sog. ALGII beziehen, allein in Velbert über 4540, schauen in die Röhre. Und das sind ja bei weitem nicht alle, denn zu den 4540 kommen ja noch die, die durch einen 1-Euro-Job zu sog. Arbeitssuchenden geworden sind und dann nicht mehr als arbeitslos gelten. Deren Zahl konnte übrigens im Sozialausschuss auf Nachfrage von Linkspartei.PDS-Ratsherr Michael Alfermann nicht näher beziffert werden, was die Verwaltung in der Niederschrift, die erst letzten Freitag erschienen ist, zwar nachholen wollte, aber nicht getan hat.

Ein Grund für die **LINKE**, im nächsten Sozialausschuss nachzufassen und eine umfangreiche Anfrage, nach Anzahl und Art der 1-Euro-Jobs zu starten. Des Weiteren soll in Erfahrung gebracht werden, ob zumindest eine „Entgelt-erhöhung“ möglich wäre und welchen Kostenumfang diese hätte.

Denn, so Michael Alfermann, „so schlecht die HARTZ IV-Gesetze auch sind, die Betroffenen können jeden Cent gebrauchen. Und da ist jede winzige Verbesserung besser als gar keine.“

Dennoch ist sich auch die **LINKE** bewusst, dass alle Miniverbesserungen an HARTZ IV nicht der große Wurf sein können. Es ist nicht nur durch sein Hungergeld Armut per Gesetz, sondern auch ein riesiges bürokratisches Monster, das an den Ursachen der Arbeitslosigkeit völlig vorbeigeht. Statt die Arbeitslosen zu Knechten und die Beschäftigten in Sozialämtern und BA mit sinnloser Umorganisation zu beschäftigen, sollte der Staat lieber die Binnennachfrage ankurbeln und so dafür sorgen, dass mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse entstehen.

Doch ist Vollbeschäftigung wohl gar nicht das Ziel der HARTZ IV-Koalition um CDU, SPD, FDP und Grüne. Vielmehr scheint es darum zu gehen, den Druck auf die noch Beschäftigten zu erhöhen, damit sie den Erpressungen ihrer sog. Arbeitgeber nach Arbeitszeitverlängerungen und Lohnkürzungen nachgeben und so die Gewinne der Konzerne weiter in die Höhe treiben. alf

sst